

Tagesspiegel Plus

Historiker Wolfgang Benz im Gespräch: „Die Linke ist nicht antisemitisch“

Wolfgang Benz hält die Kritik an der Berliner Linken für zu weitgehend. Hier erklärt er, was die Partei jetzt tun muss und was man aus der Weimarer Republik für die Gegenwart lernen kann.

Von Robert Die und Adrian Schulz
Stand: heute, 10:00 Uhr

Herr Benz, sind wir mitten in einem historischen Moment, in dem uns die Demokratie zwischen den Fingern zerrinnt?

Ja. Jahrzehntlang habe ich weltweit gepredigt: 1933 kann sich nicht wiederholen. Doch der kometenhafte Aufstieg der AfD macht mich unsicher. Vorgänger wie die NPD und Republikaner haben sich nach einiger Zeit selbst erledigt. Die AfD will die Demokratie mit ihren eigenen Spielregeln aushebeln.

Ein Kipppunkt für die Demokratie?

Als Historiker schaue ich zurück auf die Weimarer Republik. Es hat damit angefangen, dass die NSDAP 1930 in Thüringen in eine Regierungskoalition kam. Zwei Jahre später hat sie ihre ersten Ministerpräsidenten gestellt. Dann wurde das demokratische Bollwerk Preußen geschleift, die sozialdemokratische Regierung von Konservativen ihres Amtes enthoben. 1933 wurde Hitler von Konservativen wie Franz von Papen in den Sattel gehoben. Natürlich kann sich so etwas wiederholen. Vor einem Jahr hat der heutige Bundeskanzler einen Antrag mit Stimmen der AfD durch den Bundestag gebracht.

Die Union ist der Demokratie treuer, als es vor 100 Jahren die Deutschnationale Volkspartei war.

Ja, und es hat damals eine Weltwirtschaftskrise gegeben. Aber auch heute steht die Wirtschaft nicht gut da. Wenn sich ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung in der Krise fühlt, sind die vermeintlichen

Retter mit der starken Hand nicht weit. Der Phantomschmerz tut genauso weh wie der echte.

Zur Person

Wolfgang Benz, 85, leitete von 1990 bis 2011 das Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin. Zuvor war er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte in München. Der Historiker gilt als einer der profiliertesten deutschen Holocaust- und Antisemitismus-Forscher. Er publizierte Standardwerke wie „Der Holocaust“ (1995) und gab das achtbändige „Handbuch des Antisemitismus“ (2008-2015) heraus. Benz ist bis heute einer der Herausgeber der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“. Zuletzt veröffentlichte er das Buch „Zukunft der Erinnerung. Das deutsche Erbe und die kommende Generation“ (2025).

Die Bundesrepublik ist seit 80 Jahren eine gefestigte Demokratie. Die Weimarer Republik hatte erst 15 Jahre überstanden,

Ja, auf den Straßen herrschte Bürgerkrieg. Heute gibt es keine SA und keine SS, die Gegner verprügeln. Dafür haben wir ein völlig neues Kommunikationsgefüge. Die Aufmärsche, die donnernden Reden von damals braucht es heute nicht mehr. Statt einer Hitler-Rede von zwei Stunden reichen jetzt Videos von ein paar Sekunden. Und erneut sind die anderen Parteien, die ehemaligen Volksparteien, in der Defensive. Wer garantiert dann noch das demokratische System?

Was hilft gegen Phantomschmerz?

Realität. Deutlich machen, wie die Lage wirklich ist. Doch ich habe jahrzehntelang zu Ressentiments geforscht, deswegen weiß ich: Sie zu bekämpfen gehört zum Schwersten.

Die CDU hat den Menschen in Sachsen-Anhalt gesagt: Euch geht es doch eigentlich gut.

Aber sie hat es nicht bewiesen. Mit dem Ergebnis, dass das Land nun nicht regierbar ist. Wenn die Bundesregierung dazu ein Reformpaket in Stein meißelt, und es als unveränderbares

Gesamtkunstwerk feiert, schadet das zusätzlich. Und die einstige Partei der weniger Begüterten, die SPD, trägt das mit.

Die AfD findet auch Anklang bei Wohlhabenden – Menschen, die regelmäßig in den Urlaub fahren, Autos und Häuser haben.

Wir leiden auf sehr hohem Niveau. Trotzdem haben die Menschen Angst vor sozialer Verelendung. Auf wen hören sie? Auf die Aufrührer und Demagogen, die ihnen im Zweifel ihre Not einreden.

Kann es sein, dass es gar kein Mittel gegen diese Ängste gibt?

Wenn ich dem zustimmen würde, dann wäre alles, was ich in meinem langen Leben geforscht und publiziert habe, wertlos und nichtig. Das Geschäft der Aufklärung ist mühsam, es passt nicht zum Realpolitiker: Der will auf den Tisch hauen und schlagartig wird alles besser. Vorurteile abzubauen, Feindbilder zu überwinden, das ist langwierig. Ein Beispiel: Die Erbfeindschaft zwischen Deutschen und Franzosen gibt es nicht mehr.

Für so etwas braucht es Überzeugungen und eine Vision. Doch die demokratischen Parteien sind zu bürokratischen Apparaten erstarrt, die am Machterhalt werkeln. Das ist nicht illegitim, aber es genügt nicht. Mehr Demokratie wagen, Willy Brandt, das war eine Vision. Oder Ludwig Erhard, Wohlstand für alle. Heute kommen vom Kanzler nur obrigkeitliche Verlautbarungen.

Hätten Sie eine Vision?

Sie ist etwas veraltet, aber sie lautet Demokratie und Europa. In Brüssel mag es noch so viel Bürokratie geben, die Alternative wäre der Nationalstaat mit Schlagbäumen an der Grenze, wo martialische Herren mit der Pickelhaube stehen und alles Böse, Fremde abwehren.

Was genau haben Einwohner eines kleinen Dorfs in Sachsen-Anhalt von Europa?

Volle Reisefreiheit, volle Regale in den Supermärkten, in denen selbstverständlich Waren aus ganz Europa stehen, die ohne Zölle ins Land kommen. Früher war die Pizza ein Traum, heute liegt sie im Tiefkühler.

Gleichzeitig wächst die Angst, man könnte etwas verlieren. Schon Thilo Sarrazin hat mit seinem schrecklichen Buch die Ängste des gehobenen Mittelstands geschürt und erfolgreich bewirtschaftet. Er war der Wegbereiter von Pegida und des heutigen AfD-Erfolgs. Der Mensch braucht Feindbilder, um sich zu orientieren. Wenn alle Albaner kriminell sind, dann weiß man als Deutscher, dass man auf der richtigen Seite steht, und fühlt sich besser.

Einige sagen nun: Lasst die AfD regieren, dann wird sie sich selbst entzaubern.

Das war die bürgerliche, konservative Attitüde von 1933. Von Papens Kalkül war, die Nazis sollen für uns das Grobe verrichten.

Das heißt?

Sozialdemokraten und Kommunisten beseitigen, einen autoritären Staat errichten. Danach werde man die Nazis einrahmen und an die Wand drücken, bis sie quietschen. Ziemlich schnell fing dann aber von Papen an zu quietschen und war froh, dass die Nazis ihn am Leben ließen und zur Strafe nur als Botschafter in die Türkei schickten. Einmal an den Hebeln der Macht, kann vieles schnell anders werden. Es wird auch viele geben, denen das ganz gut gefällt.

Sie fordern ein AfD-Verbot, um solche Gefahren zu bannen.

Ja, und man hätte das schon vor zwei Jahren oder noch früher angehen müssen. Diese Partei ist in Teilen – was heißt eigentlich in Teilen? – rechtsextrem, nicht grundgesetzkonform. Das sage nicht nur ich, das sagt der Verfassungsschutz.

Zwei Verbotsverfahren gegen die NPD sind gescheitert. Wenn dasselbe mit der AfD passiert, stehen die demokratischen Institutionen erst recht blamiert da.

Beim letzten Versuch, die NPD zu verbieten, sagten die Richter: Ja, eigentlich müsste man das tun. Aber sie ist so schwach und unbedeutend, dass es darauf nicht ankommt. Das ist nicht mein Verständnis von guter Rechtsprechung. Klein und unbedeutend – das Argument kann jetzt bei der AfD ja nicht gelten. Warum geschieht dann nichts? Warum dieses Zaudern?

Die AfD macht sich über die Einschätzung des Verfassungsschutzes lustig, Worte wie „gesichert

rechtsextrem“ oder „faschistisch“ haben ihren Schrecken verloren. Tut Ihnen als Historiker das weh?

Natürlich. Diese Entleerung von Begriffen sehe ich auch auf meinem ureigenen Gebiet des Antisemitismus. Das Wort wird inflationär verwendet, es ist wie ein Ausverkauf.

Worin besteht der Ausverkauf des Begriffs Antisemitismus?

Nach dem Wahlsieg der Linken in Berlin höre ich seit Tagen, sie sei antisemitisch. Die Linke ist nicht antisemitisch. Es gibt in ihr, besonders in Neukölln, jede Menge Palästinenser und Muslime, die garstige Worte gegen das Land Israel gebrauchen. Das ist kein Antisemitismus, das ist keine Judenfeindschaft, sondern eine politische Feindschaft gegen die Besatzungsmacht Israel. Doch die Losung ist ausgegeben: Gegen Israel darf man nichts sagen. Das ist Staatsräson.

Inwiefern ist eine Feindschaft, die sich gegen den Staat der Juden richtet, kein Antisemitismus?

Israel ist nicht nur der Staat der Juden, sondern auch der israelischen Araber. Davon abgesehen: Antisemitismus ist der Oberbegriff für alle Formen von Judenfeindschaft. Israelkritik ist nach einem Wort des früheren Bundespräsidenten Johannes Rau notwendig, denn Freunden muss man sagen, wenn sie auf dem falschen Weg sind.

Ein jüdischer Freund von mir aus Israel meinte kürzlich: Den Palästinensern ist es vollkommen egal, ob wir Juden sind oder Buddhisten oder Christen, die sind gegen den Staat Israel. Junge Menschen mit Palästinenser-Tuch johlen nicht „Juda, verrecke!“, sondern „Israel, verrecke!“ Wenn ich das höre, wird mir wirklich schlecht. Aber es ist keine genuine Judenfeindschaft.

Die Menschen haben gelernt, dass man in Deutschland nicht akzeptiert wird, wenn man Juden beschimpft. Wohl aber, wenn man das Wort „Jude“ durch „Israel“ ersetzt.

Viele vernünftige Leute wissen das zu unterscheiden und tragen ein politisches Argument vor: dass die israelische Armee einen barbarischen Krieg gegen die Zivilbevölkerung in Gaza führt, dass die Siedler sich gewaltsam das Land der Palästinenser nehmen. Es ist viel zu billig und zu einfach, das als Antisemitismus abzutun.

Aber Parolen wie „Israel, verrecke“, „Kindermörder Israel“ oder „Death to the IDF“, was vor Kurzem auf einer Wahlkampfveranstaltung der Neuköllner Linken zu hören war: Halten Sie als Antisemitismusforscher die wirklich für vernünftig?

Natürlich nicht.

Und für antisemitisch?

Nein.

Sie haben lange gezögert.

Ich habe überlegt, wie lange es dauert, bis ich das erklärt habe. Diese Parolen sind menschenfeindlich oder schlicht falsch. Sie verallgemeinern, vergrößern, denunzieren. Ich plädiere für Genauigkeit.

Viele dieser Aktivisten kreisen obsessiv um Israel. Parolen wie „Kindermörder Russland“ oder „Kindermörder Iran“ haben wir noch nie gehört.

Wenn ein Etikett erst mal irgendwo angeklebt ist, bleibt es da nun mal hängen.

Funktioniert Antisemitismus nicht genau so?

Vielleicht werden diese Aktivisten auch deshalb so ausfällig, weil über die andere Seite kaum geredet wird. Wird ausführlich über den Krieg in Gaza berichtet? Oder über die Aussage eines faschistischen israelischen Ministers, man müsse jede Nacht 30 oder 40 Palästinenser töten? Ich nehme das nicht wahr.

Der Zentralrat der Juden hat Grüne und SPD davor gewarnt, in Berlin mit der Linken zu koalieren. Manche Juden in der Stadt fürchten um ihre Sicherheit, sollte die Linke regieren. Können Sie das nachvollziehen?

Die Linke hat diesen Wahlsieg verdient. Weil sie einen Punkt hat, der die Menschen umtreibt: die Mieten. Das wird nun zum Bürgerschreck aufgeblasen und Enteignung zum Schreckgespenst gemacht. Dabei gäbe es ja Entschädigungen für die Wohnungskonzerne. Wien und auch das Berlin der 20er-Jahre sind hervorragende Beispiele dafür, dass Wohneigentum in öffentlicher Hand allen nutzt.

Was die Sicherheit der jüdischen Bürger Berlins angeht: Die ist ja nun nicht durch die Linke bedroht, auch nicht, wenn in der Sonnenallee Schreihäse ihre Parolen grölen.

Regelmäßig werden in Berlin Juden angegriffen, jüdische Kinder an Schulen gemobbt, Hamas-Dreiecke gesprüht.

Das ist schlimm. Aber dass Juden Angst haben, sagen sie seit 50 Jahren. Schon früher hieß es: Wir sitzen auf gepackten Koffern. Das gehört zur Selbstrechtfertigung jüdischen Lebens in Deutschland.

Sie glauben ihnen nicht?

Ich glaube ihnen, dass sie Angst haben. Aber ich weiß auch, dass sie unter Rechtfertigungsdruck stehen, weil sie im Land der Täter leben. Außerdem wird keine Minderheit so gut durch die Polizei gesichert.

Gerade dass es nötig ist, Polizeiautos vor eine Schule zu stellen, damit Kinder überhaupt lernen können, muss einen doch schockieren.

Das ist prophylaktisch. Daraus kann ich nicht ableiten, dass dort jeden Tag ein Übergriff zu befürchten ist. Wenn jüdisches Leben in Berlin so unsicher ist, warum leben dann so viele Juden lieber hier als in Israel? Sie sind mit der Regierung und den Lebensverhältnissen dort unzufrieden. Es ist eine Tatsache, dass viele jüdische Bürger aus Israel hier freiwillig und gern leben. Ich empfinde das als großes Glück. Es hilft mir gegen die lebenslange Scham über das, was die Deutschen vor 80 Jahren getan haben.

Was muss die Berliner Linke tun, um zu zeigen, dass sie Antisemitismus nicht duldet?

Sie muss diesen Abgeordneten, der Kontakte ins kriminelle Clanmilieu pflegt, dazu bewegen, sein Mandat aufzugeben. Und sie muss in jedem Einzelfall, mit dem notwendigen Radau, klar

machen, dass das nicht erlaubt ist. Das ist die Verantwortung der Parteiführung. Die haben und hatten gute Leute. Klaus Lederer war einer der besten Senatoren Berlins.

Er ist ausgetreten wegen der fehlenden Abgrenzung zum Antisemitismus.

Vielleicht wäre es gescheiter gewesen, drinzubleiben und das zu verhindern. Die Linke und ihre mögliche künftige Bürgermeisterin müssen das größte Interesse daran haben, diese Klientel loszuwerden oder denen aufs Maul zu hauen. Auch Bodo Ramelow und Petra Pau sind hervorragende Politiker, die sich sehr gegen Antisemitismus engagiert haben.

Der sitzt tief. 40 Prozent der Menschen stimmen in Umfragen der Aussage zu: Was der Staat Israel mit den Palästinensern mache, sei im Prinzip nichts anderes als das, was die Nazis mit den Juden gemacht haben.

Solchen Quatsch höre ich seit 40, 50 Jahren – nicht nur von Linken, sondern auch aus bürgerlichen, katholischen Familien. Da hilft nur Bildung, um zu verstehen, dass das überhaupt nicht vergleichbar mit dem Nationalsozialismus ist. Zur Bildung gehört übrigens auch: Antisemitismus wurde in Europa erfunden, immer gepflegt und in alle Welt getragen. Ihn nur als importiert aus dem islamischen Kulturkreis darzustellen, ist unterkomplex.

Macht Sie das nicht fertig als Historiker, dass Menschen nicht aus der Geschichte lernen?

Ich komme schon an die Grenzen der Resignation, wenn ich die immer gleichen Phrasen höre. Auf freundliche Leute treffe, die auf die starke Hand hoffen, die mal durchgreift. Unsere Erinnerungskultur ist noch recht jung, sie hat erst in den 80er-Jahren richtig begonnen. Leider droht die Gefahr, dass das Gedenken ritualisiert und delegiert wird. Die Gedenkstätten erinnern stellvertretend für die Gesellschaft. Die hält sich raus. Antisemiten? Das sind immer die anderen.